

# Quo vadis, Europa?

## Ein Kontinent zwischen Hoffnung und Bangen

■ HEINER BOBERSKI



Heiner Boberski ist Journalist und Buchautor. Er war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ und Ressortleiter in der „Wiener Zeitung“.

„Die Europäische Union befindet sich gegenwärtig in einem Zustand, wo sich offensichtlich alles wieder zum Besseren wendet“, schrieb der frühere prominente ÖVP-Politiker Heinrich Neisser in seinem Buch „Europa – Eine kritische Zwischenbilanz“, das vor den Europawahlen 2014 erschien.

Fünf Jahre später, nach den Europawahlen von 2019, fällt eine so optimistische Sicht auf die EU schwer. Dabei ist das Vertrauen in die EU laut der jüngsten, Anfang August 2019 veröffentlichten, Eurobarometer-Umfrage mit 44 Prozent so groß wie seit 2014 nicht mehr. In 20 der 28 Mitgliedsstaaten ist das Vertrauen gestiegen. Die höchsten Werte wiesen Litauen (72%), Dänemark (68%) und Estland (60%) auf, die niedrigsten Großbritannien mit nur 29%, gefolgt von Griechenland (32%) und Frankreich (33%). Österreich liegt bei allen Umfragen im Mittelfeld.

Auf eine positive Entwicklung der EU, dieses wichtigen Friedensprojekts, soll man natürlich stets hoffen, man darf aber auch mit Sorge in die Zukunft sehen. Die vielen Probleme sind bekannt, laut Eurobarometer steht hier die Migration nach wie vor an erster Stelle, mit Abstand gefolgt vom Klimawandel. Ein echtes Hauptproblem ist aber die Polarisierung innerhalb der EU, auch innerhalb der einzelnen Länder, ja sogar innerhalb vieler Familien. Da wird oft nicht miteinander, auch nicht nebeneinander, sondern bewusst gegeneinander nach Lösungen gesucht, auf völlig gegensätzliche politische Konzepte und Parteien vertraut. Das große Gespenst, das derzeit in Europa umgeht, ist der Nationalismus. Jede Wahl steht im Zeichen der Frage, ob der Rechtsruck erträglich ausfällt oder nicht.

Immer wieder offenbaren die Wahlergebnisse zunehmend tief gespaltene Gesellschaften, die sowohl Regierungsbildungen

als auch gemeinsame Problemlösungen oft sehr schwierig machen. Stabile Regierungen, die mehrere Jahre halten, bekommen in Westeuropa Seltenheitswert, in einzelnen Teilen Osteuropas neigt man zur „illiberalen Demokratie“.

Quo vadis, Europa? Man kann davon ausgehen, dass einige außereuropäische Mächte an einer Schwächung Europas großes Interesse haben. Dass offenbar haufenweise dubiose „Influencer“ in den sozialen Medien mit allen Mitteln (darunter breit gestreuten Verschwörungstheorien und „Fake News“) bei dieser Spaltung des Kontinents mitwirken, hat sich nicht zuletzt beim nicht enden wollenden Thema „Brexit“ gezeigt. Egal, ob und wann es jetzt zum „Brexit“ kommt, der Schaden ist schon jetzt für Europa, aber mehr noch für das Vereinigte Königreich (dessen Königin machtlos ist) enorm.

Die Kür der neuen Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen war bezeichnend für den Zustand der EU. Sie erhielt im EU-Parlament nur knapp die erforderliche Stimmenzahl, weil sie nicht als Spitzenkandidatin zur EU-Wahl angetreten und den EU-Mandataren – die sich freilich vorher selbst nicht auf einen der Spitzenkandidaten hatten einigen können – vom EU-Rat vorgesetzt worden war.

Wunderdinge darf man von Ursula von der Leyen nicht erwarten, die wesentlichen Entscheidungen werden weiter im EU-Rat, nicht in der Kommission fallen. Zu hoffen ist, dass sie sich besonders der Klimathematik annimmt und in der Migrationsfrage Lösungen finden kann, die sich am Verhalten ihres Vaters, des langjährigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, orientieren. Dank seines Einsatzes nahm Niedersachsen 1979 als erstes deutsches Bundesland 1000 Flüchtlinge aus Vietnam auf. ■